

Friedrich Wilhelm Hermann (1859–1943)

Ein Lebensbild zum 150. Geburtstag von Offenburgs erstem Oberbürgermeister

Andreas Gößner

Am 21. März 2009 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des ersten Offenburger Oberbürgermeisters Friedrich Wilhelm (Fritz) Hermann. Dieses Datum gibt Anlass, nach der Bedeutung dieses Kommunalpolitikers zu fragen: Welche Initiativen seiner Amtszeit sind für Offenburg von bleibender Bedeutung? Was hat Hermann als Stadtoberrhaupt zur Stadtentwicklung beigetragen? Welche Gesinnung lässt sich hinter dem politischen Einsatz, der Fritz Hermann auf kommunal- und landespolitischer Ebene auszeichnete, für Stadtentwicklung und soziale Belange erkennen?

Diese Reihe von Fragen gewinnt nicht nur durch die Dauer seiner Amtszeit von knapp 30 Jahren (1893–1921) an Bedeutung. Sie verdient auch deshalb Aufmerksamkeit, weil sich in dieser Amtszeit nicht nur die positiven Entwicklungen der Wilhelminischen Epoche auf lokaler Ebene widerspiegeln, sondern auch, weil die tiefe Krise des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit das Leben des Offenburger Gemeinwesens tief berührte. Grundlage für die folgenden Ausführungen ist neben biografischen Dokumenten und einzelnen Offenburger Quellen¹ das Schriftgut zur Mitgliedschaft Hermanns in der Ersten Kammer des Badischen Landtags.

Das Elternhaus von Fritz Hermann stand in Kehl. Dort kam er 1859 als drittes von vier Kindern der Eheleute Eduard Hermann (1829–1898) und Anna Graul (1832–1908) zur Welt. Der Vater, Eduard Hermann, stammte aus einer gemischt-konfessionellen Apothekerfamilie in Mannheim, ging selbst bei einem Schwager in die Lehre und studierte in Heidelberg Pharmazie. Zwei seiner älteren Brüder wanderten infolge der Badischen Revolution 1848/49 in die Vereinigten Staaten aus, hielten aber Kontakt mit der in Baden verbliebenen Familie ihres jüngsten Bruders Eduard. Dieser ließ sich nach Ausbildung, Studium und Heirat in Kehl nieder, wo er ab 1853 die Stadtapotheke betrieb. Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 stand die Festungsstadt am Rhein unter starkem französischem Beschuss, weshalb die Bevölkerung evakuiert wurde. Die Flucht der Familie ins rückwärtig gelegene Offenburg bzw. nach Ortenberg im Sommer 1870 dürfte zu den prägenden Kindheitseindrücken von Fritz Hermann und seinen Geschwistern gehört haben. Sein Vater blieb unterdessen in Kehl, das zu fünf Sechsteln zerstört wurde, und stellte sich freiwillig zur Versorgung von Verwundeten zur Verfügung. Eduard Hermann übte seinen Beruf bis 1887 aus und übersiedelte dann als Pensionär mit seiner Frau nach Hei-

delberg. Der älteste Sohn, Wilhelm Hermann, der – wie der Vater – Pharmazie studiert hatte und in Freiburg mit einer morphologisch-anatomischen Studie über das Fleißige Lieschen promoviert wurde,² übernahm die väterliche Apotheke in Kehl und betrieb sie bis 1902.³ Auch der jüngere Sohn Fritz begann, nachdem er das Realgymnasium in Straßburg von 1872–78 besucht hatte, zunächst im Wintersemester 1878/79 mit dem Studium der Chemie an der dortigen Universität und blieb zu Hause wohnen.⁴ Schon nach dem ersten Semester wechselte er Studienort und -fach. Zur Vorbereitung auf das Jurastudium ging er für ein Semester nach Heidelberg und dann war er im Wintersemester 1879/80 wieder für ein Semester in Straßburg immatrikuliert.⁵ Er wohnte während dieses Halbjahres auch dort (Metzgergiessen 24) gemeinsam mit seinem Cousin Heinrich Hermann, der in St. Louis/Missouri zuhause war und Medizin studierte. Im Sommersemester 1880 ging Fritz Hermann nach Tübingen,⁶ wo er für die Fortsetzung des Jurastudiums das Humanistische Abitur nachzuholen hatte. Außerdem hörte er Vorlesungen bei den Professoren Otto von Franklin (Deutsche Rechtsgeschichte), Friedrich von Thudichum (Deutsches Privatrecht) und bei dem Privatdozenten Heinrich Spitta (Logik). In seinem Abgangszeugnis vom 2. September 1880 ist eine Geldstrafe wegen Störung der Nachtruhe vermerkt.

Am 21. Oktober 1880 immatrikulierte sich Fritz Hermann an der Leipziger Universität.⁷ Auch von dort sind die Wohnverhältnisse des inzwischen 21 Jahre alten Studenten überliefert: Er bezog für das Wintersemester zunächst Unterkunft in der zwischen Altstadt und Bayerischem Bahnhof gelegenen Nürnberger Straße 48, wo weitere drei Studenten wohnten, im Sommersemester 1881 zog er in die benachbarte Glockenstraße 7, wo außer ihm ein frisch immatrikulierter Badener, ein älterer Kommilitone – beide studierten Jura – und ein ebenfalls neu eingeschriebener Philologiestudent Quartier gefunden hatten.

Insbesondere für angehende Juristen war die Leipziger Universität damals ein bevorzugter Studienort, was sich in der enorm angestiegenen Frequenz seit der Reichsgründung 1871 niederschlug. Die Leipziger Universität beherbergte damals insgesamt ca. 3.200 Studenten und war damit eine der größten Hochschulen im Kaiserreich. Ein knappes Drittel der Leipziger Studenten studierte Rechtswissenschaften, immerhin zwei Drittel aller Leipziger Studenten stammten nicht aus Sachsen. Auch der Semesterstundenplan von Hermann lässt sich für die Leipziger Semester genau rekonstruieren. Im Wintersemester 1880/81 hörte er den international bekannten Strafrechtsdogmatiker Karl Binding (Deutsches Strafprozessrecht) und den ebenfalls renommierten Zivilrechtler Adolf Wach (Deutsches Strafrecht). Außerdem besuchte er die Vorlesungen des Nationalökonomen Wilhelm Georg Roscher (Praktische Nationalökonomik und Wirtschaftspolizei; Finanzwissenschaft), des Rechtsmediziners Carl Reclam (Gericht-



*Abb. 1: Fritz Hermann als
Rechtspraktikant in Mannheim
1882.*

liche Medizin) sowie des Staatswissenschaftlers Carl Victor Fricker (Natrecht). Im Sommersemester 1881 belegte er je eine weitere Vorlesung von Roscher (Gesammte theoretische Nationalökonomik) und Fricker (Verwaltungsrecht mit Rücksicht auf Polizeiwissenschaft). Außerdem besuchte er die an der Juristenfakultät angebotenen Veranstaltungen von Adolph Schmidt (Pandecten II: Familien- und Erbrecht), Emil Friedberg (Evangelisches und Katholisches Kirchenrecht), Otto Stobbe (Handels-, Wechsel- und Seerecht) sowie Adolf Wach (Deutscher Civilprozess; Strafrechtspraktikum). Am 5. August 1881 beantragte Hermann die Ausstellung eines „Sittenzeugnisses“, in dem die als gehört bescheinigten Vorlesungen verzeichnet waren.⁸ Ab dem Wintersemester 1881/82 setzte er das Studium für die folgenden zwei Semester wieder in Straßburg fort und wohnte bei seinen Eltern in Kehl.⁹

Im Sommer 1882 legte er dann die erste Juristische Staatsprüfung ab und wurde im Dezember zum Rechtspraktikanten ernannt.¹⁰ In dieser Funktion war er zuerst an die Amts- und Landgerichte in Kehl, Lörrach und Mannheim abgeordnet worden, arbeitete ab 1884 am Bezirksamt seiner Heimatstadt und im Jahr darauf am Landgericht Mannheim. Im Juni 1884 verlobte er sich mit der Apothekerstochter Marie Hoffmann, der



Abb. 2: Fritz Hermann 1891.

Schwester seines Schwagers. Er heiratete die knapp 22-jährige Braut im September 1887. Während dieser Jahre dürfte der angehende Jurist auch über die kommunalpolitischen Aktivitäten seines Vaters gut unterrichtet gewesen sein, was vielleicht sein Interesse für dieses Betätigungsfeld geweckt hat. Der Vater war über mehrere Wahlperioden hinweg Mitglied des Gemeinde- bzw. Bezirksrates in Kehl¹¹ und erhielt 1885 für diese ehrenamtliche Tätigkeit den Zähringer Löwenorden.¹²

Im Jahr 1886 legte Fritz Hermann die zweite Juristische Staatsprüfung ab und wurde als Rechtsreferendar abermals an das Bezirksamt Kehl versetzt.¹³ Im Juli 1890 wurde er zum Amtmann (Regierungsrat) am Bezirksamt Freiburg ernannt, ein Jahr später kam er in gleicher Funktion nach Karlsruhe.¹⁴ In seiner Karlsruher Dienstzeit war er nebenamtlich auch Beisitzer im Schiedsgericht der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Baden.¹⁵

Die Stadt Offenburg bemühte sich zu Beginn des Jahres 1893 erstmals um einen Berufsbürgermeister und hielt deshalb nach einem jungen Verwaltungsbeamten Ausschau. So nahm man unter anderem Kontakt zu Hermann auf. Dieser stellte sich als Kandidat für die Bürgermeisterstelle zur Verfügung und beantragte eine Beurlaubung aus dem Staatsdienst.¹⁶ Am 3. Februar 1893 wurde Hermann mit 65 von 63 Stimmen in sein Amt ge-

wählt.¹⁷ Am 18. März fand mit einem festlichen Bankett die Amtseinführung statt. Das neue Stadtoberhaupt zog mit Frau und den drei Söhnen Eduard, Ludwig und Walther – sie waren 1888, 1890 und 1892 zur Welt gekommen – in die Ortenaustadt. Als Wohnung des Bürgermeisters diente für die kommenden 28 Jahre das oberste Stockwerk des Rathauses.

Offenburg war damals eine Landstadt mit knapp 9000 Einwohnern. Zu den drängenden kommunalpolitischen Aufgaben, die auf das neue Stadtoberhaupt warteten, zählte unter anderem der Kauf des Gaswerkes, der Ausbau einer Kläranlage, die Errichtung einer Kaserne, der Bau des Schlachthofes und die Gestaltung der öffentlichen Anlagen. Die Debatten um diese Vorhaben verliefen in den Bürgerausschusssitzungen nicht immer einmütig. Dies führte 1897 zu derartigen Spannungen, dass Hermann mit Rücktritt drohte. Eine Bürgerversammlung jedoch stellte sich hinter ihn, und der Ausschuss erfüllte Hermanns Wunsch nach Entlastung durch die Schaffung einer zweiten Bürgermeisterstelle. Nach dieser Vertrauenskrise fällte Hermann den persönlich schwerwiegenden Entschluss, sein Berufsleben weiterhin den Offenburger Verhältnissen zu widmen, und bat endgültig um Entlassung aus dem badischen Staatsdienst.¹⁸

1902 wurde Hermann in sein Amt wiedergewählt und erhielt 1903 mit der Erhebung Offenburgs zur Kreisstadt den Titel eines Oberbürgermeisters. Als Kreisstadt beheimatete Offenburg nun ein Land- und ein Amtsgericht, das Bezirksamt sowie zahlreiche andere staatliche und kirchliche Institutionen.¹⁹ Hermann selbst fungierte etwa eineinhalb Jahrzehnte lang als Ersatzmann des Kreis Ausschusses des Kreises Offenburg.²⁰

Inzwischen war aus der Kleinstadt ein florierendes Mittelzentrum mit über 13000 Einwohnern (1900) geworden. Verschiedene Industrieunternehmen produzierten in den Bereichen der Baumwollverarbeitung, Malz- und Brauerzeugnisse sowie Glaswarenproduktion, kunstgewerbliche Betriebe existierten ebenso wie Druckereien, Spinnerei- und Webereibetriebe. Offenburg war Sitz einer Reichsbanknebenstelle und einer Städtischen Sparkasse. In der Stadt wurden außerdem die im Umland produzierten Landwirtschaftsprodukte vermarktet. Bis 1910 wuchs die Bevölkerung auf über 16000 Einwohner an, von denen knapp 80% Katholiken waren.

Auch war die Stadt Militärstandort geworden, die Ihlenfeldkaserne war 1897/98 errichtet worden und das Infanterieregiment 170 bezog in den folgenden Jahren in Offenburg Garnison. Die Stadt besaß eine städtische Gasanlage, seit 1905/06 ein Elektrizitätswerk. 1906 war der Bahnhof, ein Knotenpunkt an der Strecke Frankfurt–Basel sowie Ausgangspunkt der Schwarzwald- und Riedbahn, aus- und umgebaut worden. Im selben Jahr wurde auch der städtische Schlachthof eingeweiht. Wegen seiner Verdienste in der Kommunalpolitik erhielt Hermann 1902 das Ritterkreuz 1. Kl. des Ordens vom Zähringer Löwen und 1906 ehrte ihn der Großherzog durch Verleihung der Goldenen Amtskette.²¹

Anlässlich der Wiederwahl zum Oberbürgermeister 1912 kam es zu einem Zwischenfall, der durch eine Personalentscheidung und parteipolitische Loyalitäten ausgelöst wurde. Hermann hatte sich, einer Vorgabe des Unterrichtsministeriums folgend, bei der Neubesetzung des Direktorenpostens an der (künftig aufgewerteten) Oberrealschule nicht zugunsten des Stelleninhabers ausgesprochen. Da der bisherige Schulleiter Mitglied der Zentrumsparterie war und seine Parteikollegen mobilisieren konnte, enthielten sich bei der Oberbürgermeisterwahl am 1. Juni die Mitglieder dieser Partei im Stadtrat und Bürgerausschuss ihrer Stimme. Damit war der nationalliberal orientierte Katholik Hermann zunächst nicht gewählt und zog empört seine Kandidatur zurück. Nachdem er von vielen Seiten eindringlich gebeten worden war, sich erneut zur Wahl zu stellen, wurde er am 16. Juni mit 64 von 67 Stimmen wiedergewählt.²² Die Offenburger Presse hat das damalige Verhalten der Führer der Zentrumsparterie scharf kritisiert.²³

Zu den ersten großen Ereignissen nach der Wiederwahl gehörte die Einweihung des ab 1910 gebauten Krankenhauses im Oktober 1912, bei der auch die Großherzogin Luise von Baden anwesend war. Diesem Festakt vorausgegangen waren etwa eineinhalb Jahrzehnte, in denen nach Feststellung der Notwendigkeit eines neuen Krankenhauses aus medizinischer Sicht ein großes Gelände erschlossen und ein Bauwettbewerb durchgeführt worden war. Hermann hat zur Einweihung im September 1912 eine Denkschrift veröffentlicht, in der es unter anderem heißt:

*So viel ist sicher, daß die Bürgerschaft Offenburgs mit dieser Schöpfung „ein wichtiges Stück sozialer Fürsorge gelöst und sich ein Denkmal gesetzt hat edler Humanität und großbürgerlichen Gemeinnsinns“.*²⁴

Noch im selben Jahr gab es auch in der kommunalen Bildungspolitik einen denkwürdigen Fortschritt:²⁵ Das 1899 in Betrieb genommene Gebäude für eine weiterführende Schule – neben dem in Offenburg bestehenden Gymnasium – war bereits wenige Jahre später viel zu klein geworden. Zur Behebung des Platzmangels wurde 1912 ein zeitgemäßer Schulbau eingerichtet und der Lehrbetrieb unter der neuen Bezeichnung „Oberrealschule“ aufgenommen. Erst 1915 konnte aber dieser Neubau vollständig seiner Bestimmung übergeben werden.

Das Offenburger Rathaus war nicht die einzige Plattform für Hermanns politisches Engagement, vielmehr hat er sich auch in die politischen Vorgänge des Kreises und in den Verbandsstrukturen der badischen Kommunalpolitiker aktiv eingebracht. Aus diesem Betätigungsfeld heraus wurde das Offenburger Stadtoberhaupt 1913 auch zum Mitglied der Ersten Kammer des badischen Landtags ernannt. Die Landtagseröffnung am 27. November 1913 war die letzte ihrer Art, in der sich in Karlsruhe monarchisches Zeremoniell in der alten Pracht entfaltete:²⁶ Nach dem Gottesdienst versammelten sich

die festlich gekleideten Mitglieder im Sitzungssaal der Zweiten Kammer und empfingen unter Hochrufen den Großherzog mit seinem Gefolge. Nachdem der Großherzog von seinem Thron aus eine Ansprache gehalten hatte, vereidigte der Staatsminister Freiherr von Dusch die Mitglieder des „Hohen Hauses“. Zu ihnen zählten die Häupter der standesherrlichen Familien, die Repräsentanten der Kirchen, Abgeordnete des grundherrlichen Adels, der Hochschulen, Berufskörperschaften und Kommunalverbände – insgesamt 38 Personen. Um die Mittagszeit waren die Mitglieder der Ersten Kammer, deren Präsident der Erbprinz war, zu einem Empfang des Großherzogs im Schloss und am Nachmittag ebenda zur Mittagstafel geladen.

Die Interessen der Kommunalverbände vertraten in der Ersten Kammer des Landtags neben Hermann drei weitere Städte- und Kreisrepräsentanten. Die Mitglieder der Ersten Kammer verteilten sich für die anliegenden Arbeiten auf fünf Kommissionen. Fritz Hermann wurde der stellvertretende Vorsitz in der Petitionskommission übertragen, außerdem war er Mitglied der Kommission für Justiz und Verwaltung.

Aus den Quellen über die Arbeit der Ersten Kammer lassen sich soziale Schwerpunkte seines politischen Strebens ablesen, es lässt sich aber auch die geschickte Art erkennen, in der Hermann immer wieder beiläufig in den teils abstrakten Debatten den Blick auf die Verhältnisse der von ihm geleiteten Kommune zu richten verstand. Als Zeichen der Anerkennung seines Engagements in der Funktion eines Städtevertreters im Landtag erhielt Hermann 1913 den preußischen Roten-Adler-Orden 4. Kl. und 1914 das Eichenlaub zum Zähringer Löwenorden.²⁷

In seiner ersten dokumentierten Rede in einer Landtagssitzung plädierte Hermann im Rahmen der Diskussion um einen Gesetzesentwurf bezüglich der Gemeindewaisenräte nachdrücklich für die Ermöglichung der Ernennung von Frauen.²⁸ Damit sollte nicht den Forderungen der Frauenrechtsbewegung, deren Auswirkungen von den Gegnern des Gesetzesentwurfes heraufbeschworen wurden, nachgegeben werden. Hermann und die anderen Befürworter des Gesetzes wollten auf der Basis der neuen Regelung vielmehr den Grundsatz zur Geltung bringen, dass unabhängig vom Geschlecht lediglich Verantwortungsbewusstsein und Qualifizierung für die Ausübung der Funktion eines Gemeindewaisenrates im Ehren- und Berufsamt ausschlaggebend sein sollen.

Als stellvertretender Vorsitzender der Petitionskommission erstattete Hermann verschiedentlich Bericht vor dem Plenum der Kammer. Naturgemäß handelte es sich dabei häufig um kommunalpolitische Themen, etwa eine Eingabe des Verbands badischer Grund- und Hausbesitzervereine um Ermäßigung der Verkehrssteuer, die Hermann im Sinne der Interessenswahrung eines kommunalen Steuereinkommens allerdings ablehnte.²⁹ In eine ähnliche Richtung ging Hermanns negatives Votum über eine Petition der Mietervereine mehrerer Städte über die Erweiterung hypothekarischer



Abb. 4: Begrüßung des in Offenburg neu stationierten Regimentes: Auf dem Rednerpult Fritz Hermann bei Ausbringen des Hochs.

Darlehen mit Gemeindegarantien.³⁰ Um einen sozialen Härtefall ging es bei dem Antrag eines Invaliden aus Neckarelz auf dauerhafte Unterstützung, den die Petitionskommission und ihr Berichterstatter Hermann nachdrücklich befürworteten.³¹

Auch als Mitglied der Kommission für Justiz und Verwaltung übernahm Hermann mehrfach die Berichterstattung über die Beratungen vor dem Plenum der Ersten Kammer, etwa als es um die Novellierung des Ausführungsgesetzes zur Grundbuchordnung ging³² oder um die Ergänzung des Gesetzes zur Berufsvormundschaft. Im letzteren Fall war seinen Ausführungen das persönliche Anliegen deutlich abzulesen, eine Verbesserung der Fürsorge für Kinder zu erreichen.³³

In einer Sitzung im März 1914 fand eine Aussprache über die Kreisreform und die radikale Reduzierung der Landkreise statt. Da hörte man den engagierten Kommunalpolitiker Hermann, der sich der Unterstützung seiner Stadtbevölkerung sicher sein konnte, sagen:

„Ich gebe zu, daß man für diese, allerdings weitgehende Zusammenlegung auch gute Gründe ins Feld führen kann und daß auch unter meinen Amtskollegen die Meinungen in dieser Hinsicht geteilte sind. Allein man kann doch die Erfahrung machen, daß diejenigen, die der Zusammenlegung das Wort reden, hierbei die Rolle des Aufschluckens übernehmen sollen, während diejenigen, die hiervon

nichts wissen wollen, zum Verschlucktwerden verurteilt sind. Wir in Offenburg müßten uns mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn mit der Zusammenlegung wirklich Ernst gemacht und uns die schöne Bezeichnung „Kreishauptstadt“ mit rauher Hand genommen werden sollte. Ich kann versichern, daß in diesem Augenblicke nicht nur die 18000 Einwohner von Offenburg hinter mir stehen, sondern auch die übrigen Bewohner unseres Kreises, und wenn ich sie auffordern würde, nötigenfalls mit mir einen Zug zu unternehmen, um vor der Wohnung des Herrn Ministers gegen die beabsichtigte Degradierung zu demonstrieren, so glaube ich, daß sie wohl alle bereit sein würden, meinem Rufe Folge zu leisten.“³⁴

Nach diesem handfesten Votum schneidet er in dieser Rede noch weitere wichtige Themen (Gemeindebesteuerung, kommunale Aufwendungen für Volksschulen, reichseinheitliche Gesetzesgrundlage der Arbeitslosenversicherung und Überwachung von Kinoaufführungen) an, wobei als Erfahrungshorizont die kommunale Praxis in Offenburg immer wieder durchscheint. Das Thema der Arbeitslosenversicherung beschäftigte wenige Wochen später erneut die Petitionskommission, wobei Hermann sowohl in der Kommission als auch im Plenum für die Übergangszeit bis zu einer Gesetzesregelung auf Reichsebene nachdrücklich für einen staatlichen Beitrag zugunsten kommunaler Unterstützungsinitiativen plädierte, was jedoch abschlägig entschieden wurde.³⁵

Ebenfalls in einer Sitzung der Ersten Kammer im März 1914 lenkte Hermann im Rahmen der Diskussion über das neue Finanzgesetz die Aufmerksamkeit seiner Zuhörer auf den geplanten Neubau eines Justizgebäudes für die angemessene Unterbringung des Amts- und Landgerichtes in seiner Stadt:

„Da auch ich Gelegenheit hatte, die Pläne einzusehen, kann ich bestätigen, was der Herr Berichtstatter gesagt hat, daß das neue Gebäude eine Zierde für die Stadt Offenburg werden wird. So besteht für uns die Hoffnung, daß der Fremde, der mit der Bahn nach Offenburg kommt und sich zunächst über unseren neuen Bahnhof etwas geärgert hat, beim Betrachten des neuen schönen Justizgebäudes seine ruhige Stimmung wieder gewinnt und freundliche Eindrücke aus Offenburg mitnimmt.“³⁶

Die hier wie beiläufig angesprochenen Probleme um den Offenburger Bahnhof (fehlende Gleisübergänge bzw. Unterführung) treten in einer Debatte über das badische Eisenbahnwesen ins Zentrum, in der Hermann folgendermaßen das Wort ergriffen hat:

„Durchlauchtigste, Hochgeehrte Herren! Man wird es gewiß verstehen, wenn ich mir gestatte, bei diesem Budgettitel einige Wor-

te inbezug auf unsern Personenbahnhof zu sagen. Ich hatte mir vorgenommen, bei diesem Anlasse, gegen meine sonstige Gepflogenheit, mit ganz schwerem Geschütz aufzufahren (Heiterkeit), aber die Stimmung ist unterdessen bei uns eine bessere und ruhigere geworden, weil man sieht, daß die Groß[erzogliche] Generaldirektion [für das Eisenbahnwesen; AG] inzwischen doch zu der Einsicht gekommen ist, daß es so nicht bleiben kann, daß wirklich große Mißstände bestehen und man darauf bedacht sein muß, diese Mißstände abzustellen. [...] Man erzählt sich bei uns – ich weiß nicht, ob es richtig ist – der Herr Finanzminister sei kürzlich in Offenburg gewesen und sei [auf dem Weg von der Schalterhalle bzw. einem anderen Gleis; AG] zu spät auf den Bahnsteig gekommen, weil er den langen Umweg nicht richtig in Rechnung gestellt hatte. Es mag das ein „bene trovato“ sein, hängt aber eben damit zusammen, daß die Verhältnisse in unserem Bahnhof, dem der Volksmund den Namen „Rennbahnhof“ gegeben hat, in diesem Punkte sehr ungenügende sind.“³⁷

In der selben Rede trat Hermann auch vehement für die Gewährung von Staatsmitteln für die Gemeinnützige Baugenossenschaft Offenburg³⁸ ein, deren Mitglieder überwiegend Bahn- und Postangestellte waren. So sollte gewährleistet werden, dass noch im laufenden Jahr mit dem Bau von Genossenschaftswohnungen begonnen werden konnte, um den Wohnungsmangel in der Stadt zu beseitigen. Schon ein Vierteljahr zuvor musste sich die Erste Kammer mit einer Petition Offenburger Staatsbeamter auf Wohnungszuschuss befassen, die Hermann unter Hinweis auf die zu beobachtende Steigerung der ortsüblichen Mieten nachdrücklich unterstützte.³⁹ Um Wohnungspolitik ging es auch in einem Antrag, den Hermann und die anderen Städtevertreter in einer Sitzung der Ersten Kammer im Juni 1914 über die Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuches einbrachten. Hinter diesem Antrag, in größeren Städten eine Meldepflicht für Wohnungen einzuführen, stand das Bemühen kommunaler Wohnungsfürsorge, einen stabilen und überschaubaren Wohnungs- und Mietmarkt zu erhalten.⁴⁰

Noch im Frühsommer 1914 – am 8. Juni – besuchten der Großherzog und die Großherzogin die Stadt Offenburg. Der Landesherr holte damit seinen kurzfristig 1912 abgesagten Besuch nach, und die Stadt bereitete ihm einen feierlichen Empfang.⁴¹ Wenige Wochen später brach der Erste Weltkrieg aus. Die drei Söhne des Oberbürgermeisters dienten als Soldaten an den Kriegsschauplätzen in West- und Osteuropa. Seine Frau war neben ihm im örtlichen Rot-Kreuz-Komitee aktiv. Die Stadt Offenburg und ihre Bevölkerung hatten unter den Kriegsereignissen unmittelbar zu leiden, denn es wurden der Bahnhof, das Elektrizitätswerk, das Krankenhaus und einige Wohnhäuser durch Bomben zerstört. Gerade die städtebaulichen



Abb. 5: Sitzung des Rot-Kreuz-Komitees während des 1. Weltkrieges im Bürgerausschusssaal in Offenburg (sitzend in der Mitte Fritz Hermann, sitzend 2. v. links Marie Hermann).

Errungenschaften der vergangenen zwei Jahrzehnte waren dadurch besonders in Mitleidenschaft gezogen worden. Außerdem musste sich Offenburg, wie auch ganz Baden, schon im zweiten Kriegsjahr auf vielen Ebenen auf kriegswirtschaftliche Bedürfnisse einstellen. In der Landtagsperiode 1915/16 erstattete Hermann vor der Ersten Kammer Bericht über das am 1. März 1915 provisorisch erlassene „Gesetz zur Entziehung der Nutzung von Grundstücken zur Anpflanzung von Nahrungs- und Futtermitteln“. Diese Maßnahme war nötig geworden bzw. ihre Notwendigkeit war absehbar, um den Bedarf der Bevölkerung „wegen der langen Dauer des Krieges“ – Datum der Rede war der 2. Februar 1916! – zu decken, und sie musste nun von beiden Kammern des Landtags ratifiziert werden.⁴²

Durch den Kriegsbeginn konnten auch die Pläne für den Bau des neuen Justizgebäudes in Offenburg vorerst nicht realisiert werden. Doch plädierte Hermann in einer Landtagsdebatte über Bausachen im Februar 1916 eindringlich dafür,⁴³ die wegen des Krieges ruhenden Vorarbeiten sofort nach Beendigung des Krieges – von dessen Folgen konnte man sich offensichtlich noch keinen Begriff machen – wieder aufzunehmen, damit

heimkehrenden Soldaten in der Region sogleich Erwerbsmöglichkeiten bei der Realisierung dieses größeren Bauprojektes gegeben werden könnten.

Auf dem außerordentlichen Landtag 1917 zeichnete Hermann im Rahmen einer Aussprache ein Bild der Versorgungslage mit Lebensmitteln und der entsprechenden Preisgestaltung; er illustrierte dies am Offenburger Beispiel und gab einen Überblick über die teils mangelhafte Versorgung mit einzelnen Nahrungsmitteln (Kartoffeln, Milch, Butter, Eier, Fleisch und Obst). Aufgrund der vorbeugend staatlich geregelten Versorgung könne man jedoch noch nicht von einer Hungersnot sprechen. Am Ende seiner insgesamt pessimistischen Ausführungen wagte er einen Blick in die Zukunft, der den tragischen Zwiespalt der auf dieser Ebene politisch agierenden Personen offenbart:

„Ich möchte zum Schluß ebenfalls der Hoffnung und Erwartung Ausdruck geben, daß es uns weiter gelingen wird, in diesem schweren Kampfe, der uns von unseren Feinden aufgezwungen worden ist, gut und siegreich durchzuhalten.“⁴⁴

In der letzten Landtagsperiode 1917/18 wurde unter anderem über einen Gesetzentwurf zur allgemeinen Fortbildungsschule verhandelt, wobei sich die Oberbürgermeister und Stadträte der größeren Städte Badens (Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Lahr, Mannheim, Offenburg und Pforzheim) gegen eine finanzielle Mehrbelastung aussprachen und dies in einer Petition an die Adresse der Ersten Kammer zum Ausdruck brachten.⁴⁵ Die letzte in den Quellen belegte Berichterstattung durch Hermann hatte eine Petition des Badischen Landesvereins für Frauenstimmrecht zur Grundlage.⁴⁶ Die Badische Regierung sah sich zu diesem Zeitpunkt lediglich gewillt, den Frauen auf Gemeindeebene ein beschränktes Wahlrecht einzuräumen. Allerdings sah man die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in Verbindung mit den Forderungen der Parteien nach Aufhebung des Klassenwahlrechts auf der Ebene der Städte und Gemeinden, wovon man sich kritisch distanzierte. Durch die Abdankung des Großherzogs und die Verfassungsänderung wurde das Frauenwahlrecht wenige Monate nach dieser Debatte Realität.

In Offenburg wie in anderen Gegenden Badens und des Reiches wurde im Verlauf des Jahres 1918 die Not immer größer, was sich nicht nur am Mangel an Versorgungsgütern, sondern auch an den Zahlungsmitteln ablesen lässt. Wie in vielen Städten begann man in Offenburg mit der Ausgabe von kommunalem Notgeld, das im Oktober in 5- und 20-Mark-Scheinen ausgegeben wurde. Wenige Wochen später fanden der Krieg und die monarchische Staatsform ihr Ende.

Über diesen tiefen Einschnitt hinaus blieb Hermann, wie viele seiner Kollegen, im Amt. Doch stellte er angesichts seines vorgerückten Alters

im Juni 1921 bei Stadtrat und Bürgerschaft den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand, was ihm mit Zahlung eines Ruhegehaltes ab 1. Juli 1921 genehmigt wurde. Noch wenige Jahre blieb Hermann, der seine Erfahrungen noch als Mitglied der städtischen Finanz- und Krankenhauskommission einbrachte, in Offenburg wohnen (Hauptstr. 57).

Im November 1924, kurz nach Ende der eineinhalbjährigen französischen Besetzung der Stadt, verlegten Fritz Hermann und seine Frau Marie ihren Wohnsitz nach Wiesbaden. In der hessischen Kurstadt war seine Frau aufgewachsen und eine unverheiratete Schwester von ihr lebte noch dort. Am 10. Dezember 1928 verlieh die Stadt Offenburg ihrem früheren Oberbürgermeister das Ehrenbürgerrecht. Dies geschah in „dankbarer u. rückhaltloser Anerkennung treuester Pflichterfüllung und rastloser erfolgreicher Tätigkeit auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung zum Wohle, Emporblühen u. Gedeihen der Stadt“. Dabei wurde insbesondere auf die Verdienste beim Bau des Krankenhauses, der Kaserne, des Schlachthofes, der Oberrealschule und der Knabenschule verwiesen. Später wurde auch eine Straße nach ihm benannt, die in der Offenburger Oststadt Richtung Bahnhofsgelände führt.

In den dreißiger Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg beging Hermann noch festlich den 80. Geburtstag sowie die Goldene Hochzeit 1937; beide Feste wurden im größeren Familienkreis gefeiert. Im Alter von 84 Jahren schloss Fritz Hermann am 18. September 1943 in Wiesbaden die Augen, seine Frau verstarb am 13. Februar 1945. Beide wurden auf dem Wiesbadener Nordfriedhof beigesetzt, von wo 1990 die Stadt Offenburg den Grabstein auf den Offenburger Friedhof überführen ließ.

Franz Huber, der schon anlässlich des Todes von Hermann einen Zeitungsnachruf verfasst hatte, schrieb 1951 über ihn: „Das neue Offenburg ist zu einem guten Teil sein ureigenes persönliches Werk gewesen.“⁴⁷ Tatsächlich hat er, der sich selbst als „mit einem guten Tropfen sozialen Öls gesalbt“⁴⁸ bezeichnete, der Stadt Offenburg in seiner Amtszeit den Weg in die Moderne geebnet. Viele Initiativen, die in seiner Epoche realisiert wurden, galten dem kommunalen Bildungswesen (Oberrealschule, Knabenschulneubau, Ausbau der Höheren Mädchenschule) und dem Gesundheitswesen (Krankenhaus, Kläranlage, Schlachthaus, Frauenbadeanstalt usw.). Auch sozialpolitischen Anliegen (städtische Wohnungsbaudarlehen, Witwen- und Waisenversorgung, Kindergarten, Fürsorgeamt) und Fragen der nachhaltigen Entwicklung Offenburgs zu einer Stadt mit zentralörtlicher Bedeutung für Mittelbaden widmete er sich intensiv und er verfocht sie auch in seinen Landtagsreden auf höherer politischer Ebene.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu auch: Andreas Gößner: Hermann, Friedrich Wilhelm. In: Badische Biographien NF Band 5. Hrsg. von Fred Ludwig Sepaintner. Stuttgart 2005, 121f.; Franz Huber: Offenburger Köpfe – Offenburger Gestalten. In: Offenburg 1951, 180f.; Otto Käh-

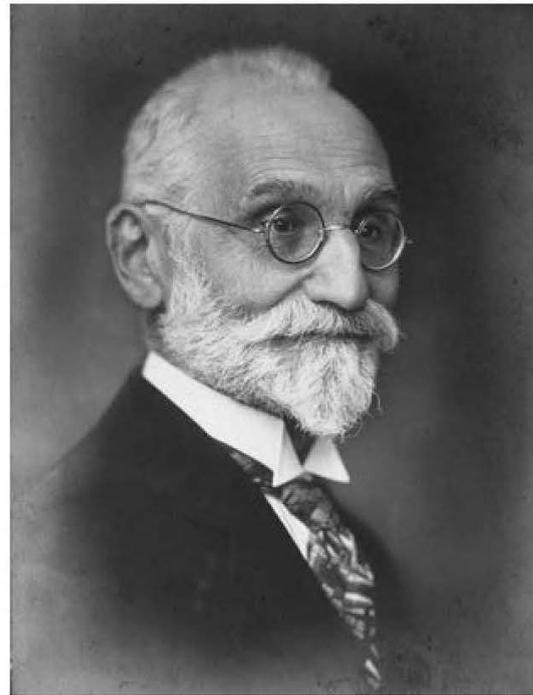


Abb. 7: Fritz Hermann ca. Mitte der 1930er Jahre.

- ni: Offenburgs Stadtoberhäupter seit 1803. In: Die Ortenau 47 (1967), 41–76; bes. 60–63.
- 2 Wilhelm Hermann: Morphologische und Anatomische Untersuchung einiger Arten der Gattung *Impatiens* mit besonderer Berücksichtigung von *Impatiens Sultani*. Freiburg i. B. 1886.
 - 3 Aus der Chronik der Stadtapotheke, Kehler Zeitung vom 21.4.1959 (freundliche Mitteilung des Stadtarchivs Kehl vom 24.8.2007).
 - 4 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studenten der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg für das Winter-Halbjahr 1878/79, 24.
 - 5 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studenten der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg für das Winter-Halbjahr 1879/80, 24.
 - 6 Universitätsarchiv Tübingen: 40/91, 62 (freundliche Mitteilung des Universitätsarchivs Tübingen vom 19.3.2008).
 - 7 Universitätsarchiv Leipzig: Film 584, Nr. 612; Personalverzeichnis der Universität Leipzig für das Winter-Semester 1880/81 (Verzeichnis der Studierenden), 65; Personalverzeichnis ... für das Sommersemester 1881, 64; Kurze Darstellung des studentischen Lebens von Hermann in Leipzig in Andreas Gößner: „Präzis“ und „privatim“ – Das Jurastudium um 1880. In: Journal. Mitteilungen und Berichte für die Angehörigen und Freunde der Universität Leipzig 1/2007, 39f.
 - 8 Universitätsarchiv Leipzig: Film 48, Nr. 299.
 - 9 Amtliches Verzeichnis des Personals und der Studenten der Kaiser-Wilhelms-Universität Strassburg für das Winter-Halbjahr 1881/82, 25; Amtliches Verzeichnis ... für das Sommer-Halbjahr 1882, 25.
 - 10 Generallandesarchiv Karlsruhe: 236/18003–18005; Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1882 (Dez.).
 - 11 Hof- und Staatshandbuch des Großherzogtums Baden 1876, 316; Hof- und Staatshandbuch ... 1884, 359.
 - 12 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1885, 292.

- 13 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1886, 209.
- 14 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1890, 209; 1891, 336.
- 15 Hof- und Staatshandbuch für Baden 1892.
- 16 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1893, 68.
- 17 Hierzu und zum Folgenden: Kähni: Offenburgs Stadtoberhäupter ..., 61f.
- 18 Generallandesarchiv Karlsruhe 236/18003-18005; Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1897, 257.
- 19 Hierzu und zum Folgenden: Offenburg im Wandel. Bearb. von Michael Friedmann (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Offenburg; 3). Offenburg 1980, 4–6.
- 20 Hof- und Staatshandbuch des Großherzogtums Baden 1898, 172; Hof- und Staatshandbuch ... 1902, 641; Hof- und Staatshandbuch ... 1905, 212; Hof- und Staatshandbuch ... 1910, 700.
- 21 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1902, 247; Staatsanzeiger ... 1906, 454.
- 22 Die Erregung der Gemüter um diesen Vorgang illustriert eine Passage aus dem Schreiben der Oberin des städtischen Krankenhauses an Hermann: „Ich bitte Sie unter Thränen, doch hier zu bleiben und uns auch ferner durch Ihre Güte zur Seite zu stehen. Ich und meine Schwestern beten aus tiefstem Herzensgrunde, der liebe Gott soll Ihr edles Herz erweichen, daß Sie mit uns Erbarmen und Mitleid haben. Was soll dann aus uns werden?“; zit. nach Kähni: Offenburgs Stadtoberhäupter ..., 63.
- 23 Stadtarchiv Offenburg: verschiedene Zeitungsausschnitte vom Juni 1912.
- 24 Zur Erinnerung an die feierliche Einweihung des neuen Krankenhauses am 15. Oktober 1912. Zitat S. 18, teilweise nach dem Wortlaut des Gutachtens von Medizinalrat Dr. Winter vom 6. April 1895.
- 25 Ernst Batzer: Zur Geschichte der Offenburger Schulen. In: Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Oberrealschule Offenburg 1912–1937, 37–43.
- 26 Generallandesarchiv Karlsruhe: 231a/866.
- 27 Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden 1913, 291; Staatsanzeiger ... 1914, 156.
- 28 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 29f. (Sitzung vom 23. Januar 1914).
- 29 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14, Protokollheft 156, 198–200 (Sitzung vom 13. März 1914); Beilagenheft 157, 167–172 (Nr. 42). Eine Fortsetzung fand die Debatte über diesen Punkt mit einer neuen Petition des Grund- und Hausbesitzerverbandes, über die Hermann wiederum Bericht erstattete; vgl. Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14 Protokollheft 156, 414–416 (Sitzung vom 28. Mai 1914); Beilagenheft 157, 448–452.
- 30 Generallandesarchiv Karlsruhe: 231a/1901: Schreibmaschinen-Manuskript mit handschriftlichen Zusätzen und Korrekturen von der Hand Hermanns; vgl. Druck: Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 666–668 (Sitzung vom 18. Juni 1914).
- 31 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 668f. (Sitzung vom 18. Juni 1914).
- 32 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 113f. (Sitzung vom 27. Februar 1914); Beilagenheft 157, 153–156 (Nr. 35).
- 33 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14, Protokollheft 156, 278–301 (Sitzung vom 30. April 1914); Beilagenheft 157, 223–239 (Nr. 52).
- 34 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14, Protokollheft 156, 141–144 (Sitzung vom 6. März 1914), Zitat: 142.
- 35 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14, Protokollheft 156, 651–654 (Sitzung vom 18. Juni 1914); Beilagenheft 157, 481–490.

- 36 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 216f. (Sitzung vom 27. März 1914).
- 37 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 739–741, Zitat: 740 (Sitzung vom 24. Juni 1914).
- 38 Fritz Hermann war Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender dieser Baugenossenschaft.
- 39 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 277f. (Sitzung vom 30. April 1914).
- 40 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 46. Landtag 1913/14. Protokollheft 156, 683–687 (Sitzung vom 23. Juni 1914); 831f. (Sitzung vom 27. Juni 1914).
- 41 Stadtarchiv Offenburg: Plakatdruck mit der „Festordnung“ vom 5. Juni 1914.
- 42 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 47. Landtag 1915/16. Protokollheft 159, 77–79 (Sitzung vom 2. Februar 1916); Beilagenheft 160, 87–91 (Nr. 30/31).
- 43 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 47. Landtag 1915/16. Protokollheft 159, 150 (Sitzung vom 24. Februar 1916).
- 44 Verhandlungen der Ersten Kammer ... 6. außerordentlicher Landtag 1917. Protokollheft 161, 99–102 (Sitzung vom 12. Juni 1917).
- 45 Der Druck dieser Petition: Generallandesarchiv Karlsruhe: 231a/2000. Die ganze Debatte wurde begleitet von einer Reihe von Petitionen von Lehrer- und Frauenverbänden, denen sich auch die genannten Städte anschlossen. In ihrer Sitzung am 26. Juni 1918 fällte die Erste Kammer einen differenzierten Beschluss, so dass der Gesetzesentwurf der Regierung nur zum Teil angenommen wurde.
- 46 Generallandesarchiv Karlsruhe: 231a/1976; 231a/2008
- 47 Fritz Hermann – Der Neugestalter Offenburgs. In: Franz Huber: Offenburger Köpfe – Offenburger Gestalten. Offenburg 1951, 180f.
- 48 Stadtarchiv Offenburg: Sammlung von Zeitungsausschnitten, D'r alt Offeburger Nr. 983 vom 17.3.1918.